

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für den Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauft monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die 11pfeiler 37 mm breite Zeile 2 M. sind Familienanzeigen, Einzeln unter 200 M. u. Wohnungsanzeigen, 11pfeiler 25 M. u. Verträge 25 M. u. Wohnungsanzeigen, 11pfeiler 25 M. u. Wohnungsanzeigen, 11pfeiler 25 M. u. Wohnungsanzeigen.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Meyers & Neumann in Dresden.
Polizeikommission 1068 Dresden.

Druckdruck nur mit deutscher Quotenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Inverlegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Für die Sommerfrische!
Hängematten / Liegestühle / Schiffe / Sandspiele / Drachen / Sommerspiele / Angeln und alle Sportgeräte
B. A. Müller, Prager Str. 32.

Kaffee-Kasino
Die beliebten Künstler-Konzerte
Im Trianon: Rudy, Wiener Stimmungssänger zur Zither

Reisen Sie nie ohne Reisegepäck-Versicherung
die für alle Reisen und Aufenthalte vom Verlassen der Wohnung bis zur Heimkehr haftet. Policen sofort bei
Emil Preuß, Versicherung, Mosezinskyst. 1.
Telephon: 14154 und 14154 Drahtwort: Policepreuß

Der oberschlesische „Waffenstillstand“.

Gefahrdrohende Aussichten.
Rattowitz, 7. Juli. Die „Gazeta Ludowa“ verbreitet folgende Meldung: In Preußen, die der Interalliierten Kommission nahesteht, herrscht die Überzeugung, daß es trotz der gegenwärtigen Pazifizierung Oberschlesiens sehr zweifelhaft sei, die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten, und daß Oberschlesien noch lange Zeit hindurch ein tätiger Vulkan sein werde und sogar die Ursache eines neuen Weltkrieges werden könne. Die heutige Pazifizierung werde als eine Art Waffenstillstand angesehen. Gerüchten zufolge könne schon im Monat August mit einer Erneuerung der Kämpfe gerechnet werden, die sich dann um so heftiger gestalten dürften, als sie nicht eine unvorbereitete Volkswegung, sondern eine organisierte militärische Campaigne sein würden.

Paktzwang für Oberschlesien.
Lypeln, 7. Juli. Seit dem 6. Juli besteht für die Ein- und Ausreise von und nach Oberschlesien wieder der Paktzwang, wie er vor dem polnischen Aufstande bestand hat. Die Pässe müssen also ein französisches Visum tragen.

Die neuen Befehlungszone in Oberschlesien.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Lypeln, 7. Juli. Das Abkommensgebiet ist jetzt für die Befehlungszone durch die interalliierten Truppen in drei Abschnitte eingeteilt worden und zwar so, daß die italienischen Truppen den ganzen Westteil bis zur Linie Landsberg, Zairaun, Malapanz, Mofel, Malibor, die Franzosen den westlichen arabischen und wichtigsten Teil des Abkommensgebietes bis zur Linie Lublitz, Jost, Gieschitz, Adolfsgraben, Beuthen, die Engländer aber nur die Strecke Zarnowitz und Hindenburg sowie Teile des Kreises Oststernberg zur Befehlungszone erhielten. Die Engländer sind damit von den Italienern getrennt. Die Hauptaufsicht über die und vor allem auch die wichtigsten Verkehrswege nach Monarchopol sind in der Hand der Franzosen. Außerdem sitzen aber auch noch in Hindenburg und Beuthen französische Alpenjäger. In Lypeln befindet sich eine Reserve der interalliierten Kommission, die in der Hauptsache aus Engländern und nur zu einem ganz geringen Teile aus Franzosen besteht. Die ganze Ostseite der Franzosen geht dahin, die italienischen und englischen Truppen an die deutsche Grenze, die Franzosen aber an die polnische Grenze zu schieben. Man hofft dabei französischerseits für den Fall, daß es zu einem neuen polnischen Aufstande kommen sollte, auf bewaffnete Zusammenstöße zwischen Deutschen, Engländern und Italienern. Die Grenze nach Monarchopol ist bisher in keiner Weise abgesperrt.

Fortdauer der Polenherrschaft.
Hindenburg, 7. Juli. Die deutsche Bevölkerung des Kreises Hindenburg hat an die Interalliierte Kommission telegraphisch einen Hilferuf gerichtet, in dem es heißt, daß heute, nachdem die Räumung längst hätte vollzogen sein müssen, die Büchsen sich noch in keiner Weise gebessert haben. Die Vandalen seien noch voll von Infanterien, die sich über die Polizeigewalt anmaßt hätten. So sei in der Gemeinde Pilsowitz mit Genehmigung des französischen Kreisverwalters eine aus Infanterien bestehende Gemeindeführer gebildet worden. Selbst in Hindenburg seien Verleumdungen und Mißhandlungen von

Einwohnern an der Tagesordnung. Der Transport großer Warenmengen nach dem Kreise Hindenburg dauere an.
Malibor, 7. Juli. Aus der Umgebung der Stadt wird das Auftreten neuer bewaffneter Banden gemeldet, die in der alten Weise die deutschsprachige Bevölkerung terrorisieren, misshandeln und verschleppen. (W. T. N.)

Die englisch-französische Spannung in Oberschlesien.

Berlin, 7. Juli. Wie aus Beuthen gemeldet wird, ist es dort aus Anlaß der Zusammenstöße zwischen Deutschen und Franzosen zu ernstlichen Auseinandersetzungen der Engländer mit den Franzosen gekommen. Der englische Bataillonskommandeur verlangt die sofortige Zurücknahme der französischen Truppen (Teile eines französischen Alpenjägerbataillons), da Beuthen zur englischen Befehlungszone gehöre und ihm zugewiesen sei. Er fordert außerdem die Freilassung der verhafteten deutschen Geiseln und eine Abperrung der langreck-polnischen Grenze von Schoppitz, Ziemiannowitz und Maslowitz, wo sich noch immer polnische Infanterienbanden zusammen mit regulären Truppenabteilungen sammeln. Der französische Kreisverwalter hat die englischen Forderungen abgelehnt und die Entsendung des französischen Generals Gratier eingepreist. Die Spannung zwischen Engländern und Franzosen ist deshalb groß.

Weitere Beuthener Nachrichten besagen, daß die Zusammenstöße mit den Deutschen seitens der Franzosen deshalb provoziert wurden, um die wichtige Stadt Beuthen, die einzige Stadt des Industriegebietes, die sich nicht in der ihnen zugewiesenen Zone befindet, besetzen zu können. Die Engländer hatten auf die Freilassung von Beuthen an die englischen Truppen gedrungen, da sich in Beuthen der Hauptsitz des polnischen Aufstandes und der Abkommensorganisation befindet.

Der Beuthener Mörder ein früherer Insurgent?
Beuthen, 7. Juli. Die Untersuchung des Mordes an dem Major Montalagere hat ergeben, daß die Angel von der Bedenstraße aus gekommen ist. Der Mörder soll ein 19jähriger Russe (früher Insurgent) sein. Die Mutter wurde verhaftet, weil der Sohn flüchtig ist. Die Geiseln sind bisher nicht freigegeben. (W. T. N.)

Paris, 7. Juli. Wie der „Matin“ mitteilt, hat die parlamentarische Gruppe der Freunde Polens in der Kammer heute nachmittags beschlossen, durch ihren Vorkämpfer beim Ministerpräsidenten nachfragen zu lassen, welche Strafmaßnahmen angesichts der Ermordung des französischen Obersten Montalagere in Oberschlesien ins Auge gefaßt seien. (W. T. N.)

Die Trauerfeier für den erschossenen Major.

Beuthen, 7. Juli. Heute vormittag fand die Beerdigung der Leiche des erschossenen Bataillons-Kommandeurs Montalagere statt. An dem Zuge beteiligten sich General Verond, General de Martini und Sir Harold Stuart. Alle in Beuthen liegenden französischen Truppen waren aufgeboten. Zu dem Zuge hatte eine Reihe polnischer Vereine ihre Mitglieder aufgeboten, die Kranz mit Schleißen in den polnischen Farben mit sich führten. Die Leiche wird vorerst nach Gieschitz gebracht und auf dem dortigen Militärfriedhofe beigesetzt, um später nach Frankreich überführt zu werden. Die Trauerfeier verlief in voller Ruhe und Ordnung. (W. T. N.)

Der Stand der Wiederaufbauverhandlungen

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 7. Juli. Die vereinigten Kommissionen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten des französischen Senats führten gestern einen Bericht von Coucheur über die Verhandlungen an, die in Wiesbaden begannen und in Paris fortgesetzt wurden, aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Coucheur legte dar, daß die deutschen Forderungen nur fünf Viertel jener Beträge ausmachen dürften, die Deutschland jährlich an Frankreich zu zahlen habe. Coucheur wartet die Rückkehr Guggenheims nach Paris ab, der neue Vorschläge überbringen soll. Es müßte die Einsetzung zweier Verkaufsorganisationen ins Auge gefaßt werden, von denen die eine in Deutschland, die andere in Frankreich ihren Sitz haben soll.

Die englischen Bündnispläne.

Washington, 7. Juli. Nach dem heutigen Berichterstatter des „Philadelphia Public Ledger“ hat die britische Regierung der amerikanischen Regierung Vorschläge gemacht, um eine Verständigung der drei Großmächte Großbritannien, Japan und der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean herbeizuführen. Der nämliche Berichterstatter bemerkt dazu, daß die englischen Vorschläge auf dem diplomatischen Wege übermittelbar wurden und somit durchaus amtlichen Charakter tragen. Sie unterliegen jetzt der Prüfung durch die Regierung in Washington. (W. T. N.)

Das Verhältnis Rußlands zu Griechenland.

London, 7. Juli. Nach einer Exchange-Meldung aus Smyrna trauerte die griechische Premierminister drachinos, ob die Nachricht von der griechischen Kriegserklärung an Rußland auf Wahrheit beruhe. Ministerpräsident Gurnaris erklärte in seiner Antwort die Nachricht für vollkommen unrichtig. Griechenland befindet sich nur mit den Rumänen im Kriegszustand.

Die Auslieferung der Aufmarschpläne.

Berlin, 7. Juli. In der aus Basel und Genf kommenden Nachricht über die Forderung der Entente-Mächte an die Auslieferung der Aufmarschpläne: des ehemaligen deutschen Generalstabes wird von besserer Unterrichtetem Seite mitgeteilt, daß eine solche Forderung seitens der interalliierten Kontrollkommission noch nicht gestellt worden sei, daß aber mit ihr schon in den nächsten Tagen zu rechnen ist. General Vollet soll bereits im Besitz der entsprechenden Pariser Instruktionen sein. Die interalliierten Forderungen sollen befristet und in bestimmter Form gehalten sein und sich auf die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags stützen. Angeblich sollen dieser neuen Entente-Forderung noch weitere Forderungen folgen.

Die Haftlosigkeit polnischer Verleumdungen.

Berlin, 7. Juli. Die deutsch-polnische Kommission aus Polen ist am 7. Juli von ihrem Befehl im Niederlausitzer Provinzialkomitee zurückgekehrt. Sie hat dort festgestellt, daß seitens der Behörden oder Arbeitgeber keinerlei Zwänge zur Erzwingung der Abwanderung von Polen ausgeübt worden ist. Soweit polnische Arbeiter unter dem Zwange wirtschaftlicher oder sozialer Spannung zur Auswanderung veranlaßt worden sind, haben sie dies mit Hab und Gut ungeschindert durchführen können. Die Kommission hat sich am 7. Juli wieder nach Polen zurückgegeben. Es muß abgewartet werden, daß dort die falschen Darstellungen über die Lage der Polen in Deutschland aufhören. Es muß aber vor allen Dingen auch erwartet werden, daß gegen die Verleumder in Polen und Behauptungen energisch eingeschritten wird!

Die Kanzlerreise nach Breslau.

Berlin, 7. Juli. Der Reichskanzler Dr. Brüning und der preussische Minister des Innern Dominikus haben sich heute zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Breslau begeben, um mit den dortigen oberschlesischen und schlesischen Stellen persönlich Sühnung zu nehmen. (W. T. N.)

Die Reform des auswärtigen Dienstes.

Bei den Beratungen, die im Ausschuss des Reichstages über die Reform des auswärtigen Amtes und des diplomatischen Dienstes gepflogen werden, ist die Öffentlichkeit vornehmlich an der Frage interessiert, ob die alte, künstliche Diplomatie wirklich so grundriecht ist, wie gewisse Kreise behaupten, so daß sie am besten wäre, ganz von der Bildfläche zu verschwinden und einem neuen Stabe von Kaufleuten, Industriellen und Parlamentariern Platz zu machen, oder ob sie nicht doch auch ihre sehr beachtlichen Vorzüge hat und des weiteren Lebens wert ist, wenn sie unliegsamen Fehlern und Bösen entlastet und sich in modernem Gewande präsentiert. Die Bemängelung der Diplomatie ist nicht erst allerneneuere Datum, sondern war schon lange vor dem Kriege ein oft behandeltes Thema in Presse und Parlament. Doch war damals noch nicht die Festigkeit des Tones üblich, mit der nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges alle Welt gegen unsere berufsmäßigen Diplomaten loszog und ihnen die ganze Schuld an der Katastrophe in die Schuhe schob. Es gehörte eine Zeitlang geradezu zum „guten politischen Ton“, recht weidlich auf die „Häufel-Diplomaten“ zu räsonnieren und sein gutes Haar an ihnen zu lassen. Man hat nichts so gerne als die Leute vom Bau“, die doch ja in allen Berufen geschäftig und unentbehrlich sind, mehr lachen, und das Heil sollte nur in der Berufung von „Praktikern“ liegen, denen allein der Besitz der erforderlichen Eigenschaften zu einer geschäftlichen Führung der auswärtigen Politik, als das sind Tatkraft, Unternehmungskraft, Ideenreichtum, vorsichtiges Abwägen der Wirkung, kritische Beobachtung der Erscheinungen des öffentlichen Lebens, Kenntnis von Land und Leuten, Anpassungsfähigkeit an die fremde Denk- und Anschauungsweise, zugesprochen wurde. Inzwischen hat sich die Stimmung aber schon erheblich beruhigt und viele, die zuerst lebhaft in das allgemeine Verdammungsurteil einstimmen, sind jetzt geneigt, ihre Ansicht zu revidieren und Licht und Schatten gleichmäßiger zu verteilen. Sicherlich kann auch heute bei einer unparteiischen Würdigung der Verhältnisse nicht bestritten werden, daß die deutsche Diplomatie sich mancherlei zum Teil recht schwerwiegende Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, deren Vermeidung uns aller Wahrscheinlichkeit nach eine geschäftlichere Methodikstellung beim Beginn des Krieges befehrt hätte. Doch selbst in diesem Punkte wird man nicht bedingungslos den Stab über die Vertreter der alten Diplomatie brechen dürfen, sondern bedenken müssen, daß die Zeit ihrer Tatkraft, die jeweiligen Verhältnisse und Zustände, die Strömungen der öffentlichen Meinung eine große Rolle spielen und die diplomatische Wirksamkeit wesentlich beeinflussen. So kann es z. B. das geschichtliche Urteil dem Fürsten Bülow nicht zur persönlichen Schuld anrechnen, daß er die englischen Bündnisangebote zurückwies, weil damals noch ganz Deutschland im Banne der Anschauung stand, daß der englisch-russische Gegensatz unüberbrückbar sei, und daß die deutsche Politik sich daher beiden Staaten gegenüber die Hände frei halten müsse.

Zur Ehrenrettung der alten künstlichen Diplomatie dient aber auch noch ein weiterer Umstand, der fast immer bei der Behandlung der Frage übersehen wird, nämlich die Erscheinung, daß die Weidlichkeit über unsere auswärtige Vertretung erst nach dem Rücktritt Bismarcks begannen haben. Solange der Eiserne Kanzler das Heft in der Hand hatte, funktionierte der auswärtige Apparat tadellos und Männer mit so kostbaren Namen wie Hofeldt, Münster, Radewitz, Neuf, Schlözer, Schweinitz, Stumm erlebten ihre Aufgabe als verständnisvoll ausführende Werkzeuge ihres großen Vorgesetzten und doch auch wieder mit der gebotenen Selbstständigkeit in einer Weise, die ihnen selbst die Achtung der Nation sicherte und für die Gehaltuna der auswärtigen deutschen Beziehungen gute Früchte trug. Alle diese mit Erfolgen gekrönten Diplomaten verschwanden nicht etwa gleich nach dem Sturz Bismarcks in der Versenkung, sondern führten ihr Amt noch lange Zeit weiter, und erst später trat die Ergänzung des diplomatischen Korps aus dem neuen industriellen Adel ein, so daß der Geburtsadel etwas ins Hintertreffen geriet. Wie kam es nun, daß trotzdem dem Erbe der alten Diplomaten plötzlich der harmlose Zusammenstoß zu fehlen begann, als Bismarck nicht mehr den Taktstock führte? Der Grund lag darin, daß sein sein Dirigent fand, der Bismarck zu erziehen vermochte, und daraus erhellt, daß es nicht nur auf die Diplomaten ankommt, sondern sehr wesentlich auch auf die Leitung der auswärtigen Politik in der Heimat, wenn das Gesamtergebnis befriedigen soll. Der Welt ist maßgebend, der im Auswärtigen Amte herrscht, auf Grund dessen die Diplomaten draußen instruiert werden und den sie genau kennen, der ihnen Freundlichkeit und Rücksicht bei der Ausübung ihres Berufes verleiht oder sie hemmt und rücksichtslos macht, je nachdem. In dieser Hinsicht aber ging es in Berlin in der nachbismarckischen Zeit ständig bergab und zumal in der Bethmannschen Ära war es geradezu ungeheures Gefallen in den Kanzleien der Gesandtschaften, daß nichts Unangenehmes über fremde Staatsoberhäupter, Regierungen und Volksstimmen nach Berlin berichtet werden durfte. Da die Botschafter und Gesandten, die dennoch der Wahrheit die Ehre gaben, grob angefahren wurden, so fügten sie sich